

INTERVIEW

Mehr Mut für Europa

Interview mit Thomas Oppermann, MdB

VON PROF. DR. IUR. WINFRIED HUCK

Sehr geehrter Herr Oppermann, die Europäische Union hat anscheinend in der Flüchtlingskrise versagt (so Jean Asselborn, luxemburgischer Außenminister, 26.01.2017, Deutschlandfunk) und Jean Claude Juncker, Präsident der Kommission, formuliert, dass es der Europäischen Union an Europa und an Einheit mangle.

Ich würde der EU kein Versagen attestieren. Nur bei der Verteilung der Lasten mangelt es an Solidarität. Hier müssen wir nachjustieren. Doch seit Monaten höre ich von der Kanzlerin hierzu nichts.

Gesine Schwan hat einen guten Vorschlag zu einer fairen Verteilung der Flüchtlinge in der EU gemacht. Die Verteilungsfrage wird umgekehrt gestellt, nämlich: Wer will und wer braucht die Menschen? Kommunen, egal ob aus Deutschland, Frankreich oder Polen, sollen sich um Flüchtlinge bewerben – und um zusätzliches Geld,

das sie für Unterbringung, Verpflegung und Infrastruktur nutzen können. Dies könnte über einen europäischen Fonds finanziert werden, der über die direkte Kostenerstattung hinaus für finanzielle Anreize sorgt. Wenn KITAS, Schulen und öffentlicher Nahverkehr besser ausgestattet sind, profitiert davon auch die einheimische Bevölkerung – was wiederum den gesellschaftlichen Rückhalt für die Aufnahme von Flüchtlingen stärkt.

Was muss Deutschland, was muss Europa für eine kohärente Flüchtlings- und Einwanderungspolitik tun?

Aus meiner Sicht sind es fünf zentrale Punkte: Wir müssen nicht nur die Außengrenzen Europas effektiv sichern. Vor allem müssen wir die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, daneben für eine geordnete Aufnahme sorgen, dann Flüchtlinge mit Bleiberecht schneller integrieren

und Abgelehnte konsequenter zurückführen. Und schließlich brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich darstellt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

Alle Maßnahmen müssen wir gleichzeitig in Angriff nehmen. Unser erstes Ziel muss lauten, dass Menschen gar nicht erst zu Flüchtlingen werden. Wer zu Hause ein gutes Leben hat, begibt sich nicht auf die Flucht. Es geht dabei um vieles: um Sicherheit, Arbeitsplätze, Bildung, Nahrung, freiheitliche Grundrechte und Werte. Kurz: um mehr Entwicklungshilfe. Die EU hatte sich mal darauf geeinigt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungshilfe zu investieren. Dieses Ziel haben bis dato fünf Länder erreicht, Deutschland ist nicht darunter, wir lagen 2015 bei 0,5 Prozent. Das darf nicht so bleiben. Wir haben bereits kluge und erfolg-



reiche Programme, sogar aus dem Entwicklungsministerium, wie „Cash for Work“ – also Bargeld für Arbeit. Es setzt dort an, wohin die meisten syrischen Kriegsflüchtlinge geflohen sind: in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien. Teilnehmen dürfen Flüchtlinge genauso wie Bewohner der aufnehmenden Gemeinden. Das fördert den sozialen Frieden, schafft Infrastrukturen und unterstützt direkt

» Unser erstes Ziel muss lauten, dass Menschen gar nicht erst zu Flüchtlingen werden. Wer zu Hause ein gutes Leben hat, begibt sich nicht auf die Flucht. «

die Menschen in der Region. Allein 2016 wurden damit 56.000 Jobs geschaffen – und zwar zu einem Zehntel der Kosten, die wir für die Menschen in Deutschland erbringen müssten. Mit anderen Worten: Für das, was ein Flüchtling in Deutschland kostet, können wir im Nordirak zehn Familien in Lohn und Brot bringen. Solche Programme muss es auch für die Region Nordafrika geben.

England und die USA bilden eine neue Allianz, in dem alles zu einem „Deal“ wird, der mit „America first“ und „Global Britain“ besiegelt werde. Wie sehen Sie die Lage?

Dass jetzt auch der amerikanische Präsident die EU angreift, ihre Gegner unterstützt und ihre Werte infrage stellt, konnten wir uns bisher nicht vorstellen. Es passt aber offenkundig nicht in das Weltbild von Donald Trump, dass 27 prinzipiell gleichbe-

rechtigte Nationen ihre Probleme gemeinsam lösen und ihre Interessen ausgleichen wollen. Das ist das exakte Gegenteil von „America First“. Amerika zuerst, Frankreich zuerst, wer auch immer zuerst: Dieser Neonationalismus kann kein Modell für das gute Zusammenleben der Völker im 21. Jahrhundert sein. Wenn jeder nur noch auf seine eigenen Interessen schaut, dann werden am Ende alle verlieren. Die Europäische Union hat uns jetzt 60 Jahre lang stabile Demokratien, Freiheit, Wachstum, Wohlstand und vor allen Dingen Frieden beschert. Welche Mängel diese Union auch immer haben mag, wir müssen alles dafür tun, dass diese weltweit einzige Form der transnationalen Zusammenarbeit erhalten bleibt, und sie gegen alle Angriffe von innen und von außen verteidigen; denn heute droht eine erneute Zeitenwende. Überall in Europa propagieren diese Kräfte Abschottung und nationales Denken. Die EU war noch nie in ihrer

Geschichte so unter Druck. Von außen zeigen Putin und Trump ein unverhohlenes Interesse daran, Europa auseinanderzutreiben. Von innen warten Le Pen und Wilders darauf, ihnen dabei zu helfen. In diesen Tagen haben viele ein Interesse daran, die Europäische Union zu schwächen. Die Einzigen, die kein Interesse daran haben können, das sind die Menschen in Deutschland und Europa. Deshalb darf Europa, dürfen wir nicht zulassen, dass Europa von innen zerbricht, noch dass es von außen gespalten wird.

Was kann jeder einzelne tun?

Ich finde, wir müssen jetzt mit mehr Mut für Europa kämpfen - so wie es zum Beispiel eine Bewegung macht, die sich „Pulse of Europe“ nennt. In vielen Städten demonstrieren jetzt jeden Sonntag Menschen für Europa: Familien, Jüngere ebenso wie Ältere. Es werden von Woche zu Woche mehr. Das kann eine richtige Graswurzelbe-

wegung werden.

Und das Bemerkenswerte daran ist: Sie demonstrieren nicht gegen etwas, sondern sie demonstrieren für etwas, für die Europäische Union, für die Vorteile eines offenen Europas, für Reisefreiheit, für eine Sicherheit gebende Gemeinschaft im Weltgefüge. Wir haben im vergangenen Jahr in dieser Gesellschaft eine Politisierung von rechts erlebt. Was wir jetzt erleben, ist eine Politisierung derjenigen, die sich die Demokratie und Europa nicht kaputt machen lassen wollen. Und genau eine solche positive Kraft brauchen wir.

Viele haben erkannt, dass der Kampf um den Erhalt der liberalen Demokratien, der sozialen Marktwirtschaft und einer Gesellschaft, die auf Toleranz und Respekt beruht, eben nur mit einem funktionierenden Europa gewonnen werden kann.

Herr Oppermann, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Kurzvita

Seit 1980 Mitglied der SPD

1986 bis 1990 Richter an den Verwaltungsgerichten in Hannover und Braunschweig

1988 bis 1989 Rechtsdezernent bei der Stadt Münden

1998 bis 2003 Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen

1990 bis 2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages



Foto: Gerrit Sievert